

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der morgens Ausgabe angegeben. Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Freitag
27. November 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-3 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Endkampf um Locarno.

Rede des Genossen Breitscheid.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 15 Minuten durch Präsidenten Löbe eröffnet. Die Tribünen sind in Erwartung eines „großen Tages“ wiederum stark besetzt. Dagegen weisen die Bänke der Abgeordneten bei Sitzungsbeginn noch große Lücken auf, die Regierung ist noch unvertreten.

Der erste Punkt der Tagesordnung: Teilbericht des Rechtsausschusses über die Rechtsverhältnisse der Reichsbahn wird ohne Aussprache erledigt. Auf Antrag des Ausschusses beschließt der Reichstag.

Die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich auf die Deutsche Reichsbahngesellschaft einzuwirken, daß der Personalabbau bei der Reichsbahn für beendet erklärt wird.

Zweiter Punkt der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über

die Verträge von Locarno

und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Inzwischen sind der Reichstanzler Dr. Luther und der Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Saale erschienen. Erster Redner ist der Vertreter der Sozialdemokraten

Abg. Dr. Breitscheid:

Wenn wir nach unserer ausführlichen Stellungnahme in der ersten und zweiten Lesung noch einmal das Wort nehmen, so nicht darum, weil wir nötig hätten, verschiedenen Strömungen in unserer Fraktion Rechnung zu tragen. Bei uns gibt es keinen Zweifel über die Notwendigkeit, den Verträgen von Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund grundsätzlich zuzustimmen. (Widerpruch der Kommunisten.) Wenn Sie gestern meinem Freund Landsberg zugehört hätten, würden Sie solche Zwischenrufe nicht machen. (Die Kommunisten tun es darauf nochmals.) Ich hoffe, daß Sie sozial Deutsch verstehen, um damit aufzuhören, wenn ich Ihnen wiederhole, daß über die grundsätzliche Zustimmung zu der Vorlage in unserer Fraktion volle Einigkeit herrscht. (Die Kommunisten sind ruhig.)

Ob das bei den Deutschnationalen ebenfalls so ist, erscheint zweifelhaft. Ich will mich nicht auf das Protokoll der Konföderativen Partei berufen, dessen Richtigkeit Graf Westarp mit einer feigen Handbewegung abgelehnt zu haben glaubt. Aber der württembergische Staatspräsident und deutschnationale Reichstagsabgeordneter Bazille hat zunächst im Stuttgarter Kesterterrat erklärt, daß die württembergische Regierung mit einer einzigen Ausnahme für die Annahme der Locarno-Verträge und für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei; in der Berliner Ministerbesprechung hat er für die Locarno-Verträge gesprochen und gestimmt mit der schönen Begründung,

er sehe ein, daß sich die europäische Entwicklung doch nicht aufhalten lasse.

am folgenden Tage im Reichsrat hat er sich der Stimme enthalten und jetzt, wenn die Behauptung der Deutschnationalen über ihre Einmütigkeit richtig ist, wird Herr Bazille gegen die Vorlage stimmen. (Heiterkeit links.) Das nennen wir eiserne Konsequenz bei den Deutschnationalen! (Sehr gut links und in der Mitte.)

Wir sprechen nicht deshalb nochmals, um die Polemik zwischen den Parteien fortzusetzen und zu vertiefen. In diesem Augenblick überzeugt man niemanden mehr. Die Entscheidung ist gefällt, die Vorlage wird auch in dritter Lesung angenommen werden, wenn auch die Deutschnationalen die Anwendung aller geschäftsordnungsmäßigen Mittel zur Verhinderung der Annahme angekündigt haben — eine Anwendung, zu der sich die Rechte mit den Kommunisten in schönen Vereinen zusammengefunden hat.

Was uns bestimmt, noch einmal zu sprechen, das ist

die weltgeschichtliche Bedeutung dieser Entscheidung

und der Wunsch, nochmals die Gründe zusammenzufassen, die uns zu einem Ja, zu einem freudigen Ja veranlassen.

In den hier gehaltenen Reden ist die Befriedigung über Locarno etwas gedämpft zum Ausdruck gekommen. Zu Unbedauern ist in der Tat kein Anlaß, ehe nicht das Ziel erreicht ist, und das deutsche Volk hat in den Jahren während des Krieges und nach dem Kriege zu viel Enttäuschungen erfahren, so daß es heute von einer fast ebergläubigen Furcht davon befeelt ist, in vorzeitigem Jauchzen auszubrechen.

Die Locarno-Verträge enthalten nichts, was wir von unserem sozialdemokratischen Standpunkt aus als etwas Vollkommenes ansehen können. Manches ist unzureichend, weil es im engen Zusammenhang steht mit dem unzureichenden Charakter der heutigen Völkerbundsverfassung.

Wir fordern obligatorische Schiedsgerichte für alle Streitigkeiten zwischen Staaten, deren Schiedsprüche unbedingt auszuführen sind und jeden Krieg auszuschließen. Dafür ist in Locarno und anderswo auch unser Freund Banderwilde in voller Übereinstimmung mit der sozialistischen Internationale eingetreten. Diese Auffassung des Schiedsgerichtsgedankens ist nicht siegreich durchgedrungen und sie ist nicht zuletzt gescheitert an dem Widerstand der deutschen Regierung. Zwar wird für juristische, völkerrechtliche Streitfragen die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit festgesetzt, aber politische Streitfragen werden einem Vergleichsverfahren zugeführt, dessen letzte Instanz der Völkerbundsrat ist, also eine Körperschaft, die aus Politikern besteht und von der es nicht unbedingt sicher ist, daß sie nicht nach politischen Rücksichten entscheidet. Auch schließt die Erschöpfung des Vergleichsverfahrens die schließliche Ausstrohung mit dem Waffen nicht unbedingt aus. Diese Lösung kann uns nicht vollkommen befriedigen, muß uns aber veranlassen, alle Kräfte anzuspannen, um die Lösung in dem Sinne zu erlangen, der uns als der einzig mögliche vorfährt.

Wir haben in Locarno zwar schon als Gleichberechtigte an den Verhandlungen teilgenommen, aber das Ergebnis ist noch nicht die volle Gleichberechtigung für Deutschland. Es besteht immer noch ein Gegensatz zwischen den Staaten, die als Sieger aus dem Krieg hervorgegangen sind und Deutschland als dem besiegten Lande. Deutschland hat abergestiftet, Deutschland ist so gut wie machtlos. Dagegen die andere Seite, die anderen Mächte, die uns als Gegner

im Kriege gegenüber gestanden haben, sind noch nicht entmachtet. Ferner: Deutschland hat im Westen eine militärisch besetzte Zone, die noch immer unter dem Druck einer fremden Besatzung leidet. Die anderen Mächte kennen eine solche fremde Besatzung bei sich nicht. Also auch hierin sehen wir keine volle Gleichberechtigung. Wir sind verpflichtet, 50 Kilometer östlich des Rheins kein Militär und keine militärischen Anlagen zu unterhalten, die anderen Staaten haben eine derartige Entmilitarisierung ihrer Grenzzone nicht. Auch die bisherigen Rückwirkungen genügen uns nicht. Wir werden in dieser Beziehung nicht aufhören, immer wieder unsere Stimme geltend zu machen, daß außerordentlich viel mehr auf diesem Wege geschieht.

Auch in der Frage der Besetzung finden wir noch manche Lücken, die bisher noch nicht in unserem Sinne geregelt worden sind. Was bisher darin geschehen ist, entspricht noch nicht dem Geist von Locarno.

Wir werden nicht aufhören zu erklären, daß, nachdem die Sicherung getroffen ist, keine Notwendigkeit mehr für die militärische Besetzung besteht, daß das ganze besetzte Gebiet von fremden Truppen geräumt werden muß. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Aber wir dürfen doch nicht vergessen, daß alles, was bisher an Rückwirkungen eingetreten ist, noch vor dem Inkrafttreten des Vertrages von Locarno geschah. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und ich frage Sie (nach rechts), welches ist der Weg, auf dem man schneller und besser die volle Befreiung der Rheinlande erreichen kann? Der gestrige Redner der Deutschnationalen hat behauptet, es könne überhaupt nicht die Rede davon sein, daß irgendetwas gebessert worden sei und daß man nicht erwarten dürfe, daß die Räumungsarbeiten für die zweite und dritte Zone abgeklärt werden würden.

Er hat sich dabei auf den „Tempus“ berufen. Aber dieses Blatt ist ein ebenso wenig zuverlässiger Eideschwörer wie etwa bei uns die „Kreuzzeitung“, die vor Jahresfrist behauptet hatte, das Ruhrgebiet werde niemals geräumt werden. (Heiterkeit.) Wir werden alle Versuche bekämpfen, die der Verwirklichung des Inkrafttretens des Vertrages von Locarno dienen. Daher stimmen wir auch gegen die Resolution der Bayerischen Volkspartei. Es muß das größte Mißtrauen gegen Deutschland in der Welt herodurufen, wenn wir nach dieser Resolution den Eintritt in den Völkerbund trotz der Abmachungen von Locarno verzögern würden. Es müßte auch die Lage des besetzten Gebietes außerordentlich verschlechtern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir halten auch die vom Zentrum vorgelegte Resolution für überflüssig. Es ist doch selbstverständlich, daß auch nach dem Eintritt in den Völkerbund von jeder Regierung alles versucht werden muß, um weitere Rückwirkungen zu erzielen.

Aber wenn wir auch vieles noch auszuerehen haben, so dürfen wir doch nicht verkennen, was wirklich in Locarno erreicht worden ist. Und ich frage:

Hat es vor Jahresfrist irgend jemanden gegeben, der angenommen hätte, daß wir jetzt schon so weit sein könnten?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Niemand kann bestreiten, daß in den Vertrag von Versailles durch die Abmachungen von Locarno eine Breche geschlagen worden ist. Bisher hatten die Siegermächte die Möglichkeit, uns ihren Willen zu diktiertieren. Dieser Zustand ist durch Locarno beendet. Es ist etwas Großes, daß überhaupt der Schiedsgedanke in die internationalen Vereinbarungen eingedrungen ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Früher ist ja nach jeder Verletzung, Streitigkeiten zwischen den Völkern anders als durch kriegerische Handlungen zu erledigen, als utopisch verfahren worden. Denken wir daran, daß zur Zeit der Friedenskonferenz vom Haag Wilhelm II. noch erklären konnte, er verlasse sich nur auf sein gutes Schwert. Der Fortschritt besteht auch darin, daß Meinungsverschiedenheiten über den Vertrag von Versailles einem Schiedsverfahren unterworfen werden sollen.

In der Entwurfsfrage haben wir doch immerhin erreicht, daß im Protokoll ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß diese Abmachungen als ein guter Schritt auf dem Wege zur völligen Abrüstung bezeichnet werden sind.

Die französische Regierung kann sich jetzt auf diesen Schiedsvertrag berufen, um zur Besserung der Finanzen des Landes Ersparnisse bei den militärischen Ausgaben durchzuführen.

Was ist weiter praktisch erreicht worden? Wir haben jetzt einen Sicherheitspakt mit Deutschland, es bestand aber seit 1919 die Gefahr, daß ein Sicherheitspakt gegen Deutschland abgeschlossen werden würde. Immer wieder wurde von Frankreich auf England eingewirkt, um gegen Deutschland einen Sicherheitspakt abzuschließen.

Wir haben Sicherheit gegenüber französischen Exzitationen und Invasionen, Sicherheit garantiert durch die Großmächte. Höher als alle Einzelheiten steht uns die Idee des ganzen Vertragswertes, daß die Vertragsschließenden die Notwendigkeit friedlichen Nebeneinanderlebens und friedlicher Regelung gerade in dem Gebiet anerkennt, das so oft der Schauplatz europäischer Konflikte gewesen ist. Diese Idee der friedlichen Regelung internationaler Streitfragen ist eingetroffen, die juristischen Grundlagen dafür sind gelegt, jetzt gilt es, auf dieser Basis das Gebäude der Zukunft zu errichten. (Zustimmung links und in der Mitte.)

Die Unentwegten auf der Rechten sind erfüllt von Mißtrauen in den guten Willen der anderen und in die politischen Fähigkeiten der deutschen Staatsmänner, wenigstens soweit sie nicht ihrer Partei angehören. Aber es ist doch nicht Idealismus oder Utopismus allein, die das Werk von Locarno zustande gebracht haben, sondern es waren

die sehr realen und materiellen Erwägungen, daß Europa wirtschaftlich und politisch verloren ist, wenn es so zerklüftet bleibt, wie in den letzten Jahren. Und daß diese Zerklüftung die europäischen Kontinente außerstande setzt, es mit Amerika anzunehmen.

Der Vertrag von Locarno ist der erste Schritt auf dem Wege, der zu dem Ziele der europäischen Fokunion der Vereinigten Staaten von Europa führen muß. Wir sind nicht beglückert von dem, was in Locarno erreicht worden ist, aber wie sind bereit, mit Begeisterung daran mitzuarbeiten, daß in Zukunft mehr erreicht werden kann. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. Zwischen rechts. Wiederholter Beifall links.)

Der nächste Redner ist Abg. Dr. Japf (D. Sp.).

Die Senkung der Lohnsteuer.

Ein ungenügender Geschenktwurf.

Vor einigen Tagen ist dem Reichsrat der Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Lohnsteuer zugegangen. Der neue Entwurf bringt die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 80 auf 100 M. monatlich. Die einzelnen Teilbeträge sollen folgendermaßen erhöht werden: das Existenzminimum von 50 auf 60 M. monatlich, der Pauschbetrag für Werbungskosten von 15 M. auf 30 M. monatlich und der Pauschbetrag für Sonderleistungen ebenfalls von 15 auf 20 M. monatlich. Diese Erhöhungen sollen mit Wirkung vom 1. Januar 1926 in Kraft treten. Der Entwurf bringt dagegen keine Abänderung der Familienermäßigungen.

Die Begründung der Reichsregierung geht davon aus, daß der Reichstag bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes ein Gesetz angenommen hat, daß das Aufkommen aus der Lohnsteuer auf 100 Millionen Mark monatlich bzw. 1200 Millionen Mark jährlich begrenzt. In den ersten sechs Monaten des laufenden Rechnungsjahres hat aber die Lohnsteuer durchschnittlich 120 Millionen Mark aufgebracht und nach der Begründung wird sich das Aufkommen auch in Zukunft mindestens auf dieser Höhe halten. Das zulässige Höchstaufkommen aus der Lohnsteuer wird dadurch also um 240 Millionen jährlich überschritten. Schon jetzt sind tatsächlich über 170 Millionen mehr eingegangen als im Voranschlag vorgesehen ist.

In zwei Ausfallberechnungen kommt die Begründung nun zu dem Ergebnis, daß die vorgeschlagene Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages das Aufkommen aus der Lohnsteuer auf 1200 M. jährlich verringern würde, so daß das Mehraufkommen dadurch beseitigt wäre. Die eine Ausfallberechnung gibt gleichzeitig lehrreiche Aufschlüsse über die Verteilung des Lohnsteueraufkommens auf die verschiedenen Einkommensgruppen. Entgegen der Behauptung der Arbeitgeber, daß die Lohnsteuer zum großen Teil von dem höheren Einkommen aufgebracht würde, ergibt diese Berechnung, daß das nach dem gegenwärtigen Stande zu erwartende Jahresaufkommen von 1450 Millionen in Höhe von mehr als 1390 Millionen durch die Einkommen unter 3600 M. aufgebracht wird, und zwar entfallen von dieser Summe wiederum 993 Millionen auf die Einkommen unter 1750 M. jährlich.

Allgemein können wir diesen Geschenktwurf nur begrüßen, denn die Regierung hat damit den sozialdemokratischen Standpunkt angenommen. Wir bedauern nur, daß es nicht früher geschehen. Bei der Beratung des neuen Einkommensteuergesetzes im August d. J. stieß die sozialdemokratische Forderung, den steuerfreien Lohnbetrag von 80 auf 100 M. monatlich zu erhöhen, auf den größten Widerstand der Reichsregierung. Das Reichsfinanzministerium verschanzte sich damals hinter Ausfallberechnungen, nach denen eine solche Erhöhung mindestens einen Ausfall von 400 bis 500 Millionen Mark jährlich verursachen würde. Die sozialdemokratischen Vertreter im Steuerausschuß haben damals wiederholt Gegenrechnungen aufgestellt, in denen nachgewiesen wurde, daß der Ausfall tatsächlich noch nicht die Hälfte dieser Summe betragen würde. Diese Berechnungen haben sich als richtig erwiesen und die Entwicklung des tatsächlichen Aufkommens der Lohnsteuer hat auch das Finanzministerium davon überzeugt, daß seine Haltung im August unberechtigt, kurzfristig und kleinlich gewesen ist. Wir begrüßen es, daß das Reichsfinanzministerium nun aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zieht und jetzt die entfernende Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages selbst vorschlägt.

Aber was das Reichsfinanzministerium jetzt zugesteht, genügt nicht, um seine damalige Kurzsichtigkeit wieder gutzumachen, genügt insbesondere heute nicht mehr. Denn wir stehen heute nicht mehr da, wo wir im August standen. Die Entwicklung ist weiter gegangen. Sie hat auf der einen Seite zu erhöhten Löhnen und damit zu erhöhter Lohnsteuerbelastung geführt, auf der anderen Seite erhöhte soziale Lasten an Erwerbslosenbeiträgen usw. gebracht. Angesichts dieser Tatsache muß die Lohnsteuer weiter ermäßigt werden, denn jede Lohnsteuerermäßigung ist zugleich eine Entlastung der Wirtschaft.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb einen Antrag eingebracht, der über den Entwurf der Reichsregierung hinausgeht. Dieser Antrag fordert zwar zunächst keine weitere Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages über 100 M. hinaus, aber nur deshalb, weil er mit der allgemeinen Ermäßigung zugleich die alte sozialdemokratische Forderung nach Systemänderung bei den Familienermäßigungen verbindet. Für die Milderung dieses ganzen Systems scheint uns aber gerade jetzt der rechte Augenblick gekommen.

Die kurze Zeit des Nebeneinanderbestehens der zwei Systeme, der festen und der prozentualen Familienermäßigungen, hat insbesondere den Arbeitgebern die Unmöglichkeit des bestehenden Zustandes bewiesen. Bringt dieses Nebeneinanderbestehen doch gerade ihnen ein großes Maß neuer unproduktiver Arbeit bei der Einziehung der Lohnsteuer. Denn während früher die gutzubringenden Ermäßigungsbeträge ein für allemal feststanden, muß jetzt der Arbeitgeber bei ein bis zwei Millionen Lohnsteuerpflichtigen jedesmal prüfen, nach welchem System der Lohnabzug vorzunehmen ist. Bei jeder Auszahlung muß also eine neue Berechnung vorge-

nommen werden. Gewiß hat das Reichsfinanzministerium Tabellen für die Berechnung des Lohnabzugs herausgegeben, aber auch ihre Handhabung ist selbstverständlich viel umständlicher als bei den Tabellen, die nur eine Art der Familienermäßigung zu berücksichtigen haben.

Die Beseitigung dieses unmöglichen Systems ist gerade jetzt um so eher möglich, als die Aenderung dann mit dem 1. Januar 1926 in Kraft treten kann. Würde die Systemänderung dagegen nicht jetzt durchgeführt, so besteht die Gefahr, daß das alte System noch das ganze folgende Jahr durchgeschleppt werden muß. Denn die Erfahrungen des letzten Jahres haben gezeigt, wie gefährlich und unzweckmäßig eine Aenderung der grundsätzlichen Bestimmung im Laufe des Jahres ist.

Deshalb fordert der sozialdemokratische Antrag die Aenderung des Systems. Und zwar durch Wiedereinführung des Systems der festen Abzüge, wie es Jahre hindurch bestanden hat. Damit soll zugleich das alte Unrecht beseitigt werden, daß die Familienermäßigung um so höher ist, je größer das Einkommen ist, daß z. B. ein Steuerpflichtiger mit 2 Kindern bei 7200 M. Jahreseinkommen doppelt soviel steuerfrei hat wie bei 2400 M. Jahreseinkommen. Mit der Systemänderung bringt der sozialdemokratische Antrag gleichzeitig eine allgemeine Erhöhung der Sätze, und zwar sollen die Beiträge für die Ehefrau von 120 auf 240 M. jährlich, für das erste Kind von 120 auf 360 M., für das zweite Kind von 240 auf 360 M. erhöht werden. Gleichzeitig wird damit ein wirksamer Ausgleich zugunsten der mittleren Einkommen erreicht, die bei der letzten Aenderung der Familienermäßigungen zu schlecht weggekommen waren.

Neben der Aenderung der Familienermäßigung fordert der sozialdemokratische Antrag eine andere Unterteilung des erhöhten steuerfreien Lohnbetrags. Danach sollen auf das Existenzminimum statt 60 M. monatlich 65 M. entfallen, auf die Pauschbeiträge für Werbungskosten und Sonderleistungen statt je 20 M. monatlich je 17,50 M. monatlich. Wir sind der Meinung, daß die allgemeinen Pauschbeiträge für Werbungskosten und Sonderleistungen möglichst niedrig gehalten werden sollen, damit eine Anpassung der Lohnsteuerbelastung an die Verhältnisse des einzelnen um so leichter möglich ist. Von dieser Anpassungsmöglichkeit hängt aber schließlich das ganze System der Lohnsteuer selbst ab. Je weiter diese Anpassungsmöglichkeit ausgebildet wird, um so einfacher kann das allgemeine System gestaltet werden.

Wie steht es mit der Wochenhilfe?

Sozialpolitischer Ausschuss des Reichstages.

Auf Verlangen der Genossin Schröder gab heute der Ministerialdirektor des Reichsarbeitsministeriums Auskunft über den Stand des Wochenhilfegesetzes. Daraus ergab sich, daß der Gesetzentwurf gestern im Reichstag zu Ende beraten ist, daß aber erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Reichstag bestehen, besonders in der Frage der Gemeinlast aller Krankenkassen bezüglich der Wochenhilfe. Trotzdem wurde versprochen, daß der Gesetzentwurf in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen soll. Aus dem Bericht ergab sich auch, daß das Drängen der Sozialdemokratie und der sozialen Kreise in der Öffentlichkeit einen Erfolg infolge gehabt hat, als die Regierung nicht mehr an die Abschaffung des Stillgeldes und an die Herabsetzung des Wochengeldes für versicherte Wöchnerinnen denkt. Immerhin wird es auch Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein, in ernster Beratung der nächsten Zeit dem Gesetzentwurf das mündigste Gepräge zu geben.

Im übrigen wurde über die Erwerbslosenfrage berichtet; es wurde von Seiten des Reichsarbeitsministeriums versucht, die Angelegenheit bis zur Bildung einer neuen Regierung hinauszuzögern. Der Ausschuss beschloß aber, am kommenden Dienstag die sachliche Beratung aufzunehmen, nachdem vom Ministerium das erforderliche Material beigebracht ist.

Theater in der Königgräber Straße.

Shaw: „Jurid zu Methusalem“, III., IV. und V. Teil.

An das Evangelium der Brüder Barnabas soll man sich erinnern. Wie sagten schon, daß diese geistigen Zwillinge die Menschheit mit der Vangeltigkeit beglücken. Niemand soll sterben, ehe er all seine Sehnsucht erfüllt, all seine Ideale verwirklicht hat. Das war der Traum des Satirikers Bernard Shaw, wenn Methusalem, dem nach der Bibel solch langes Leben geschenkt war, Millionen langlebiger Enkel erhielt, dann würde die Welt ja weniger verdrückt, dann würde sie ja ganz in Ordnung und von den nicht mehr minderwertigen Menschen ausgebaut sein, wie es sich gehört. Shaw hat das auch so ausgedrückt, daß er sich zum Lamarckismus bekehrt. Das heißt, er lehrt, daß die Menschen, ebenso wie alle anderen Geschöpfe, Pflanzen und Tiere, nur durch ihren Willen in Stande sein werden, durch sich alle Organe zu schaffen, die sie für das ewige Leben brauchen. Der Mensch wird Gott, er braucht Gott kaum noch. Da er Gott nicht mehr als seinen Feind ansehen muß, der ihn nur unbewußt oder schlecht ausgerüstet der Erde auslieferte, wird der Mensch auch fromm sein und alle Religion ein besonnenes Vergnügen. Hamster Gedanke, den Shaw vorläufig ganz sentimental und großartig auslegt. Nachher kommt er allerdings wieder auf seinen alten Sarkasmus zurück. „Was an des Gedankens Grenze“ gelangt er. Man schreibt das Jahr 3120. Siehe, die Menschen sind nicht besser geworden. Sie haben all ihre kleinen Laster und Schwächen behalten. Nach den Ureltern Adam und Eva spricht Lilith, die noch vor den Ureltern war, um zu verkünden, daß alle in der Bosheit und Hinterhältigkeit und der Willen zum Schlechten die Welt regieren.

Als man vor einigen Monaten den ersten Teil des Stückes spielte, der das Problem einfadelt, regte sich die Reugier beträchtlich. Nun sollen die Nerven des Mannes im Parkett in die ferne Zukunft hineingerissen werden. Nichts Abstraktes darf geschehen, Theaterdinge müssen sich begeben. Zunächst sieht man, wie die Politiker, die als gleich Methusalem wurden, sich blamieren. Die Liebesgewohnheiten der uralten Menschheit werden entlarvt. Die Sehnsucht des Menschen, das verschleierte Bild zu Saie, d. h. die unzugängliche Zukunft, sich als sicheres Gut und hilfreiche Gefährtin anzunehmen, dieser Urtrieb wird auch lächerlich gemacht, und das Ganze endet mit der Verneinung jeder menschlichen Vorsorglichkeit. Die Satire, die sich über alle Szenen zieht, kann nicht immer theateroptisch angebracht werden. Sie wirkt merkwürdigerweise von der Bühne herunter häufig platt. Die Allegorien und die Wirkungen scheinen billiger, als der kluge Mann vertragen könnte. Trotzdem findet man grandiose Komik. Napoleon, der vor einem schlecht abgeknallten Revolver als Hahnenfuß zusammensinkt und sich in Dual zu dem Denkmal von Sir John Bullstift, dem fetten Meister und Apoptel der Freiheit, begibt, das ist die wirksamste Verpöpfung des Militarismus. Und dann die Szene, in der das Orakel spricht und in der sich die höchsten Staatsmänner als Vaganten und Narren blamieren.

Der Regisseur Barnowitsch hat übrigens gerade diese beiden Szenen durch Bühnentechnik und vorzüglich Schauspieler sehr anschaulich gemacht. Koriner, der hahnenfüßige Napoleon, der in den vorhergehenden Szenen einen chinesischen Mandarin einwirft, wirkt darum gerade graulich und tragisch komisch, weil seine hohe Stimme der zerstörenden Tragedie eher gewachsen ist als der Parodie.

Hohenzollern und Steuern.

Es wird uns geschrieben:

Keuerdings wird die Frage der Fürstenabfindungen, im besonderen der Versuch eines Vergleichs mit den Hohenzollern wieder mit etwas vergrößerter Aufmerksamkeit behandelt. Aus den obersten Gründen kann nur immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es außerordentlich notwendig ist, diese Fragen ganz gründlich unter die Lupe zu nehmen. So eindringlich z. B. auch die demokratischen Anträge zu den Forderungen der Hohenzollern erscheinen, sie enthalten dennoch verschiedene Lücken. Das wichtigste, was dabei vergessen worden ist, sei hier kurz erörtert:

Als seinerzeit ein Vergleich zwischen dem preussischen Staat und den Hohenzollern scheinbar nahe bevorstand, einigte man sich dahin, alle Steuerfragen, Veranlagungen und Leistungen bis zum erfolgten Vergleich zurückzustellen. Man wollte erst abwarten, wenn der Besitz der einzelnen Vermögensobjekte zugesprochen werde, dann sollte die Steuerleistung beginnen. Nun sind trotz aller Vergleichsentwürfe und Einigungsversuche die Auseinandersetzungen mit den Hohenzollern immer noch offen. Das hat zur Folge, daß diese riesenhaften strittigen Vermögensobjekte bis heute steuerlich nicht ernsthaft behandelt worden sind. Es sind auch die eigentlichen notwendigen Steuerleistungen nicht einmal in Reserve gestellt worden. Das gilt in erster Linie für die Vermögenswerte, um deren Besitztitel gestritten wird. Aber jene damalige Vereinbarung hat auch dahin geführt, daß alles, was an Hohenzollernsches Vermögen, im besonderen bei der Hauptlinie einschließlich Friedrich Leopolds, vorhanden ist, steuerlich empörend glimpflich behandelt wurde.

Deshalb erscheint es notwendig, daß bei allen Vorschlägen gefeßlicher Regelung oder sonstigen Vereinbarungen die folgenden zwei Punkte mit eingearbeitet werden:

1. Es hat eine endgültige Nachforderung an Steuern für die Objekte zu erfolgen, die in den jüngstvergangenen Jahren einzeln aus der Beschlagnahme entlassen und als Privateigentum erklärt worden sind. Hier hat die Nachforderung im besonderen für die Zeit von 1918 bis zum Jahre der Entlassung aus der Beschlagnahme zu erfolgen.

2. Grundsätzlich dürfen Entlassungen aus der Beschlagnahme bei Einzelobjekten des Hohenzollernschen Vermögens erst dann erfolgen, wenn für die ganze Dauer der Steuerstundung und Nichtveranlagung eine Regelung, die zur vollen Leistung der Steuern geführt hat, erfolgt ist.

Es kann nicht deutlich genug betont werden, daß die strittigen Vermögensobjekte, wenn sie den Hohenzollern auch nur zu einem Teile zufallen, wegen ihrer jahrelangen Steuerfreiheit Werte darstellen, wie sie in ihrer vollen Unberührtheit von Staatsleistungen in Deutschland kein anderer Bürger besitzt.

Der „Stahlhelm-Staat“.

Offene Proklamation des Faschisten-Systems.

In seinen Vereinsstatuten gibt der „Stahlhelm“ an, eine unpolitische Vereinigung zu sein. Daß das eine Vorpiegelung falscher Tatsachen ist, beweist das Verhalten des „Stahlhelms“ seit Jahren. Er setzt im rechtsradikalen Fahrwasser. Seitdem der holländische Oberstleutnant a. D. Düsterberg die Leitung an sich gerissen hat, gibt es kein Halten mehr. Das scheint den Freunden des Stahlhelms in der Deutschnationalen und in der Volkspartei einiges Kopfzerbrechen zu machen. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, haben diese Freunde den gemäßigteren Führer des Bundes Selbte-Wagbeurg nach Berlin berufen, um mit ihm eine Aussprache über die Haltung des Stahlhelms herbeizuführen.

Ob diese Aussprache Erfolg haben wird, selbst wenn Selbte den Willen zu einer Aenderung haben sollte, ist zweifelhaft. Herr Selbte spielt schon seit langer Zeit im Stahlhelm nur noch eine dekorative Rolle. Führer ist Düsterberg. Führer sind die radikalen Schreier. Wie weit dieser radikale Einschlag bereits gediehen ist, zeigt der Entwurf einer „Verfassung des künftigen Stahlhelmstaates“, der kürzlich im amtlichen Organ des Stahlhelms veröffentlicht wurde. Danach ist das Ziel des Bundes die Ausrückung der Demokratie und des Parlamentarismus, die

Errichtung der Diktatur. Der Reichstag soll zu einer reinen Stafage herabgemüßigt werden, er soll bei stark verminderter Kopfziffer zu 75 Proz. aus Frontsoldaten bestehen. Der Beamten- und Soldatenstand soll eine bevorzugte Stellung erhalten, die Machtbefugnisse der Regierung sollen außerordentlich verstärkt werden.

Der neue Staat kann nur von einer Kastei gleichgerichteter Gefolgshaft, geführt durch eine Persönlichkeit außergewöhnlicher Tatkraft und Verbundenheit mit dem Volk als Ganzes in konsequenter Arbeit vieler Jahre durchgeführt werden, nicht aber auf liberale oder demokratische Weise.

Das Ziel ist also eine Kopie des Faschistenregimes. Das zeigt noch deutlicher ein Aufsatz des Geschäftsführers des „Stahlhelms“ im Stahlhelmjahrbuch 1925. Da heißt es:

„Die vollständige Zerstörung des Linkssozialismus, Kommunismus und Pazifismus gewährleistet allein eine Diktatur, jede andere Regierungsform würde Hemmungen der Energie und Moral kennen. Sie wird einen Führer haben, der durch seine Brutalität und Befähigung mit blutiger Arbeit nicht der Mann sein kann, um durch Reformen Wunden heilen zu können. Es bleibt nichts anderes übrig, als bei der Erneuerung mit der Teilung der Aufgabe in Zerstörung und Reform und der historischen Mission der Diktatur zu rechnen, als unumgängliche Notwendigkeit ihrer kurzfristigen, blutigen und mutigen Herrschaft.“

Diese Propaganda für gewaltsamen Umsturz der republikanischen Verfassung ist mehr als eine schlechte Stilübung. Sie ist die Ankündigung des Hochrats in bester Form! Soll nach solchen Aufforderungen zur „kurzfristigen, blutigen und mutigen Herrschaft“ der „Stahlhelm“ immer noch das Häuflein der Reichswehr und der Reichsbehörden bleiben? Oder wird das Justizministerium den Oberreichsanwalt auf seine Pflicht hinweisen?

Neues Zuchthausurteil.

Gegen Kommunisten — nicht gegen Stahlhelmlente.

Leipzig, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Prozeß gegen die Hannoveraner Kommunisten wurde heute mittig das Urteil gefällt. Die Angeklagten wurden wegen Vergehens nach §§ 7 und 8 des Republiksschutzgesetzes und §§ 5 und 6 des Sprengstoffgesetzes und wegen unbefugten Waffenbesitzes verurteilt, und zwar Ringlöff zu fünf Jahren Zuchthaus, Klüber zu sechs Jahren Zuchthaus. Bei Ringlöff werden ein Jahr drei Monate, bei Klüber ein Jahr der Untersuchungshaft angerechnet.

Ein deutsch-holländisches Handelsabkommen

Verlängerung und Verbesserung des Einfuhrkredites.

Am Donnerstag ist ein deutsch-holländisches Handelsabkommen unterzeichnet worden. Es enthält in erster Reihe einen Zusatzvertrag zu dem preussisch-niederländischen Handelsvertrag von 1851, der noch immer die Grundlage der deutsch-holländischen Handelsbeziehungen bildet. In jenem alten Vertrag war nur Deutschland die holländische Meistbegünstigung zugesagt, während Holland die Meistbegünstigung nur für Fische und Waren aus seinen Kolonien gewährt war. Selbstverständlich ist seitdem Holland schon längst die volle Meistbegünstigung eingeräumt worden. Man hat jetzt diese uralten Bestimmungen gestrichen. Weiter enthält das neue Abkommen eine Verlängerung des sogenannten Revolving-Kreditvertrags. Während Deutschland gewisse Ermäßigungen seiner Zölle Holland zugestimmt, verlängert Holland den seinerzeit Deutschland gewährten Kredit von 140 Millionen Gulden um sieben Jahre und setzt die Verzinsung dieses Kredits, die ursprünglich auf 6 Proz. festgesetzt wurde, vom Jahresbeginn 1927 bis 1930 auf 5½ Proz. herab. Diese Kreditverlängerung war seinerzeit eine Gegenleistung dafür, daß Deutschland im Kriege 90 000 Tonnen Kohle monatlich nach Holland ausführte. Die jetzt gewährten deutschen Zollermäßigungen für Holland betreffen verschiedene Gemüsesorten, einige lebende Pflanzen, Rirschen, Erdbeeren, Fischarten, Käse, Fette, Öle und kondensierte Milch. Für die Einfuhr der Limburger Kohle nach Deutschland sollen auch weiterhin in wohlwollender Weise Einfuhrgenehmigungen erteilt werden.

Es strömt immer etwas Leuzisches von diesem Schauspieler aus. Und auch Tilla Durieux, die bald das Orakel, bald die ewige Lilith spricht, wirkt mit solcher kalten, gläsernen, die Nerven nicht einschüchternden, sondern zerhäuernden Stimme außerordentlich. Man möchte sagen, es gibt farblosste Stimmen, und diese wurden von dem Regisseur mit Geschicklichkeit ausgewählt. Der Regisseur brauchte auch in diesem Stück, das soviel Beredsamkeit verlangt, melancholische und tadelnde Stimmen. In dem Organismus der Satire bewahren sich darum Kurt Göß und Rudolf Forster. Rudolf Forster, der stets weidlich schwärmt, dem stets etwas Lebensmüdes anhaftet, ist auch äußerlich der rechte Typ, um den ebgenutzten Träger der ideologischen Vergangenheit körperlich darzustellen. Kurt Göß dagegen, der Pointen sagen kann und wie ein Jongleur mit eigenen Gedanken und den Vorurteilen seiner Nebenmenschen herumprunzt, gab sehr glücklich den Lebensstil, der unter dem maskierten, farblossten verdrossenen und verdrossenen Menschen seinen nicht sehr tiefen, aber trotzdem sehr dauerhaften Humor behauptet. Max Hochdorf.

Jur Schillingstrife. Die Personalbetreiber der Staatsober haben — wie aus der Vorrede des Betriebsrats der Staatsober mittelt — anlässlich der sogenannten „Schillingstrife“ in einer Versammlung am Donnerstag einstimmig erklärt, daß sie ihrem Intendanten nach wie vor das vollste Vertrauen entgegenbringen und seine bisherige Amtsführung in jeder Weise billigen und vertreten. Sie haben ferner eine Vollversammlung zu heute abend nach der Vorstellung einberufen, um dem gesamten Personal Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Ereignissen der letzten Tage zu geben. Die Versammlung findet um 11 Uhr in der Singakademie statt.

Der Diplom-Buchhändler. Eine neue Universitätswissenschaft ist mit der Errichtung des ersten Lehrstuhles für Buchhandels-Betriebslehre an der Leipziger Handelshochschule anerkannt worden. Der erste Professor dieses Faches, Dr. Gerhard Renz, behandelt in einem Aufsatz der Berliner Hochschulnachrichten die akademischen Aufgaben dieses Gebietes. Die Notwendigkeit akademischer Vorbildung für die wissenschaftliche und kulturelle Seite des Verlages ist längst zugegeben, aber die kaufmännische und speziell berufliche Betätigung im Buchhandel blieb bisher unentwickelt. Der neuen Professur liegt die wissenschaftliche Pflege des Buchhandels, die akademische Ausbildung der Buchhändler und die Heranbildung von Lehrkräften an Buchhändlerschulen ob. Das erfolgreiche Studium wird durch die Verleihung eines entsprechenden Diploms bescheinigt werden.

Die Selbstaufopferung des Arztes. Eine erstaunliche Geschichte von der Selbstaufopferung eines Arztes wird in dem „American Hygiene Journal“ erzählt. Dr. C. H. Barlow, der eine geheimnisvolle furchtbare Krankheit in China studiert hatte, wollte Bazillen zu Forschungszwecken mitnehmen, erhielt aber dazu nicht die Erlaubnis. Er verschickte daher 32 solcher Krankheitserreger, um seinen Kollegen in Baltimore die Möglichkeit des Studiums dieser meist tödlich verlaufenden Krankheit zu ermöglichen. Er liegt jetzt, wie ein Kabeltelegramm aus Amerika meldet, auf dem Tod im Johns Hopkins-Krankenhaus, war aber vorher noch in Stande, einen vollständigen Bericht über die Erscheinungen zu erstatten, die er an

sich beobachtet hatte, seitdem er die Todesbazillen vor 4 Monaten verschluckt. Er gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß es durch das genauere Studium der Krankheit möglich sein werde, diese Seuche zu bekämpfen, der Millionen von Chinesen zum Opfer fallen, und erklärte, daß dies der schönste Lohn für seinen Opfertod sein werde.

Praktische Filmarbeit. Die Arbeitsgemeinschaft der Volkshäuser wollen zur Klärung des Filmproblems beitragen und zwar nicht nur durch theoretische Diskussionen, sondern vor allem auch durch praktische Filmarbeit. Sie veranstalten deshalb einen öffentlichen Filmabend am Freitag, dem 4. Dezember, pünktlich 7½ Uhr, im Langens-Birchow-Park, Pflanzstr. 33/32. Einleitend spricht Julius Sab über Filmprobleme. Dann wird der Film „Das Cabaret des Dr. Calligari“ vorgeführt. Karten zum Preise von 60 Pf. einschließlich Garbetode sind in den Bahnhöfen der Volkshäuser zu haben.

Wünsche in der Herbstausstellung der Berliner Secession. Das Kulturministerium hat Werke von Adlers-Deltmann, Charlotte Brund, Erich Kästner, Harry Deering, Ernst Kirlich, Oswald Galle, Heinrich Heuer, Billy Jaedel, Hans Reimshardt, Martin Müller, Josef Oppenheimer, Johannes Schiffer, Rob. A. A. Scholz, Eugen Spica, Jacob Steinhardt, Josef Thoral, Erich Wastle, Prof. Ernst Wend, Magnus Keller angekauft. — Im Uebrigen gingen Arbeiten von Franz Gendebach, W. Jacob, Wilhelm Krollhoff und Ernst Oppler und aus der französischen Kolonie von Adrien, Claret, Lafcauz, Manolo, Oltmann, Signor und Urtiso in Privatbesitz über.

Vorträge. Prof. Oskar Vogt, der Leiter des Universitätsinstituts für Gehörforschung, wird Freitag 8 Uhr für die Vorträge-Hochschule einen Vortrag über das gesunde und kranke Gehör im Röntgen-Schirmraum, Bornler Straße 11, halten.

Die Ausstellung „Wohnung und Hausat“, die im Gesundheitshaus Kreuzberg und bei Berthelm, Leipziger Weg, ausgedehnt gezeigt wird, veranstaltet eine Reihe von Vorträgen. Als erster Redner wird Reichsfinanzminister Dr. Redlob am Montag, d. 20., abends 8 Uhr pünktlich, im Plenarsaal des Herrenhauses, Leipziger Straße 3, einen Vortrag halten über das Thema: „Die Stellung des Handwerkers im Zeitalter der Technik.“

Wissend Belete wird am Sonntag, den 29., abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses Doctorenwitsch „Traum eines Wägenführers“ erzählen.

Die Galerie J. Colper, Kurfürstendamm 233, eröffnet am 29. die neue Ausstellung mit einer Kollektion von Gemälden von Alfred Paritzel, Berlin. Ferner werden Werke junger Deutscher und Franzosen gezeigt.

Ein „Therapeutischer Kongreß in der Ukraine“ findet am 10. Jan. 1926 statt. Er wird den Hauptproblemen der Diagnostik und Therapie der inneren Krankheiten gewidmet sein. Der Kongreß wird eine Ausstellung der Apparatur der neuen Therapie angegliedert sein. Zur Beteiligung an dieser Ausstellung werden auch ausländische Firmen zugelassen. Nähere Auskünfte erteilt die Vertretung des Rotstammes für Gesundheitswesen in Berlin R. 6, Unter den Linden 60a.

Der Verein der russischen Presse veranstaltet seinen diesjährigen Ball unter dem Namen „Caucasus-masch“ in den Geländräumen des Hotels Adlon am 28. November. Karten inkl. Steuer für 15 Mark (im Vorverkauf 10 Mark) sind im Vereinsbureau im Hotel Ruffischer Hof und im Hotel Adlon zu haben.

Ausgabe neuer russischer Revolutionsmarken. Zum Gedächtnis an die Revolution des Jahres 1905 hat das Moskauer Volkskommisariat für Post und Telegraphenwesen die Ausgabe einer besonderen Serie von Briefmarken angeordnet. Sie werden die Wiedergabe bekannter Bilder zeigen, welche die revolutionären Ereignisse des Jahres 1906 darstellen.

Reichsrat und Fürsorgegesetz. Eine Stimme aus dem Reichsrat.

Von einem parteigenössischen Mitglied des Reichsrats werden wir um Aufnahme des folgenden ersucht:

Es sei gestattet, zu dem Artikel des Genossen Steinkopf über „Annahmen des Reichsrats“ in Nr. 557 des „Vorwärts“ vom 25. d. M. einige Gegenbemerkungen zu machen: Der Artikel enthält in mehrfacher Hinsicht Ausführungen, die einer Richtigstellung bedürfen. Es soll hier nur die eine Streitfrage besprochen werden, die den hauptsächlichsten Anlaß zu dem Artikel gegeben hat, nämlich das Gesetz über die Abänderung der Fürsorgepflicht.

Es wird in dem Artikel so dargestellt, als habe es sich um eine „rigorose Haltung der Reichsregierung und des Reichsrats gegenüber den armen Sozialrentnern“ gehandelt. Daß dieser Vorwurf nicht berechtigt ist, dürfte schon aus dem Umstande erkannt werden, daß der Einspruch des Reichsrats gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz nicht, wie der Artikel irrigerweise behauptet, mit einer Mehrheit von nur 2 Stimmen, sondern mit 63:2 Stimmen, also fast einstimmig, beschlossen worden ist. Es haben also u. a. auch Preußen und Sachsen an dem Einspruchsrecht mitgewirkt.

Der Grund des Einspruchs lag nicht darin, daß den Sozialrentnern nicht eine Besserstellung gegönnt wurde. Es ist immer anerkannt worden, daß dem Gesetzentwurf ein berechtigter Gedanke innewohnte. Wohl aber war es die übereinstimmende Ueberzeugung der Länder, die gleichfalls vom Deutschen Städtetag und von den Bezirksfürsorgeverbänden geteilt wurde, daß der Reichstagsbeschuß die bestehenden Fürsorgegrundsätze, die auf der individuellen Behandlung der einzelnen Fälle beruhen, zugunsten eines sehr fragwürdigen Schematismus über den Haufen werfen würde. Weiterhin beruhte der Einspruch darauf, daß der Reichstag unterlassen hätte, den Ländern und Kommunen die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen bedeutenden Geldmittel bereitzustellen. Für Preußen allein wurde der Mehraufwand auf fast 200 Millionen Mark im Jahr geschätzt. Die Bezirksfürsorgeverbände waren, wie die Dinge nun leider einmal liegen, überhaupt nicht in der Lage, den Reichstagsbeschuß wirklich in die Praxis zu überführen.

Der Reichsrat hat es aber auch nicht bei einem bloßen Nein bewenden lassen, sondern war zugleich bemüht, den berechtigten Kern des Gesetzentwurfes herauszuschälen und etwas zu schaffen, was unter Vermeidung der vom Standpunkt der Fürsorgepflicht bedenklichen Schematisierung den berechtigten Forderungen der hilfsbedürftigen Sozialrentner nach Möglichkeit entgegenkommen sollte. Es erfolgte ohne Verzug eine intensive Beratung zwischen Reichsrat und Reichsregierung und das Ergebnis war die Reichsverordnung vom 7. September 1925, in der unter Vermeidung der erwähnten Unzulänglichkeiten ein Ersatz für den Reichstagsbeschuß geschaffen werden sollte. Der Reichstag mag nunmehr möglicherweise der Ansicht sein, daß die Verbesserungen, die in der neuen Reichsverordnung den Sozialrentnern gewährt werden, noch nicht genügen. Jedenfalls aber ergibt sich bei sachlicher Betrachtung der Vorgänge, daß ein berechtigter Anlaß zu einer solchen Herabsetzung des Reichsrats, wie sie in dem in Frage kommenden Artikel enthalten ist, nicht besteht.

Eine „Annahme des Reichsrats“ kann aber auch darin nicht gefunden werden, daß er den Beschuß des Reichstages als einen nicht verfassungsmäßig zustande gekommenen bekämpft hat. Man darf es ihm nicht verübeln, wenn er sich dagegen zur Wehr setzt, daß sein Einspruch, der nunmehr auf einer einstimmigen Begründung beruht, ohne jede vorherige Antündigung überhörsend auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt wurde und daß ihm so die Möglichkeit genommen blieb, seine Stellungnahme vor dem Reichstag zu vertreten, wie es durch die Reichsverfassung gewährleistet ist. Es werden sich in Zukunft solche Reibungen zwischen Reichstag und Reichsrat gewiß vermeiden lassen, wenn man auf beiden Seiten ehrlich bemüht sein wird, Konflikte vorzubeugen.

Schließlich noch eine Bemerkung:

Warum denn alles zusammentragen, um den Reichsrat als reaktionäre Körperschaft auszugeben und anzuklagen? Gerade als Sozialdemokrat sollte man nicht außer acht lassen, daß doch eine stoffliche Anzahl sozialdemokratischer Regierungsmitglieder der deutschen Länder Mitglieder des Reichsrats sind und daß das preußische Staatsministerium, an dessen Spitze ein Sozialdemokrat steht, das stärkste Stimmkontingent im Reichsrat führt. Es ist doch vielleicht aus jüngster Zeit die Tatsache kennzeichnend, daß in dem vermeintlich so besonders reaktionären Reichsrat die Locarno-Verträge mit 44:4 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, angenommen worden sind. Ein Stimmenverhältnis, wie es so günstig im Reichstag entfernt nicht erreicht worden ist.

Hitlertreue und Monarchistenwünsche. Momentbilder aus einem Freistaat.

Braunschweig, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Anfang November hatte bekanntlich Adolf Hitler in öffentlichen Versammlungen in Braunschweig reden dürfen. Der deutsch-nationale Innenminister Bieff hat trotz des Einspruches der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der freien Gewerkschaften den Oberprüfungen reden lassen, der außer in Redenburg und Braunschweig nirgends in Deutschland sprechen darf. Unser Parteiblatt, der „Volkstreu“, entrollte in einem Artikel „Herr Minister Bieff, kennen Sie Hitler“ ein Bild von dem verbrecherischen Wirken Hitlers und ersuchte den Innenminister, diesen Hochverräter von Braunschweig fernzuhalten. Als die Genehmigung nicht zurückgezogen wurde, wendete sich der „Volkstreu“ in einem Artikel „Der Schußengel des Hochverrätlers“ gegen den Innenminister. Auch im letzten Teil erschienen kleinere Artikel, in denen die Arbeiterschaft zur Gegendemonstration aufgefordert wurde, unter anderem ein Aufruf des Reichsbanners. Am Tage nach der Hitler-Versammlung war die „Landeszeitung“ bereits in der Lage, mitzuteilen, daß gegen die Redaktion des „Volkstreu“ ein Strafverfahren wegen Beleidigung des Ministers eingeleitet wurde. Tatsächlich entfalteten Polizei und Justiz sofort eine eifrige Tätigkeit. Im Bureau des Reichsbanners wurde nach einem Rundschreiben gehäusucht. Der politische Redakteur unseres Parteiblattes mußte schon zur Vorvernehmung vor der Kriminalpolizei erscheinen, wo ihm eröffnet wurde, daß gegen ihn wegen Verletzung der §§ 186 und 187 des StGB. und des § 8 Abs. 1 des Republiksschutzgesetzes das Strafverfahren eingeleitet werde, ebenso gegen den Lokalredakteur, der als Landtagsabgeordneter vorläufig den Schutz der Immunität hat. Allerdings besteht nach früheren Erfahrungen kein Zweifel darüber, daß die schwarmweihrote Einstimmigkeit im Braunschweiger Parlament die Immunität aufheben wird. Vermutlich wird man auch nach den Vorstößen des Bezirksrats der freien Gewerkschaften vor den Kadi gehen, weil er damals Handzettel verbreiten ließ, in denen zur Gegendemonstration, aber auch zur unbedingten Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung aufgefordert wurde.

Die Braunschweiger Justiz wird also die Redakteure des einzigen republikanischen Blattes im ganzen Lande aburteilen, weil sie angeblich einen Minister beleidigt haben, der als Mitglied der deutsch-nationalen Partei für sich das Republiksschutzgesetz in Anspruch nimmt.

Für den notwendigen Humor bei dieser ersten Sache sorgt der neue Chefredakteur der „Braunschweiger Staatszeitung“, der Volksparteiler Dr. Goldammer, der bis vor kurzem in Berlin an Streifemanns inzwischen eingegangener „Zeit“ wirkte. In der Polemik gegen unser Braunschweiger Parteiblatt verkündet er, die Redaktionsleitung für Hitler sei der Triumph wahrer Demokratie! Die Braunschweiger Regierung habe zum erstenmal in Deutschland die erhabenen Grundsätze politischer Toleranz und Gleichberechtigung zur Durchführung gebracht. Neuerdings hat sich dieser Staatsredakteur im Ueberchwang seiner Gefühle als Monarchist betannt. In einem Artikel des Regierungsblattes nahm er zu Locarno Stellung, belagte das Verlangen der Deutschen, empfahl die Locarno-Verträge als einen Anfang zur Herstellung des europäischen Friedens, trat sogar für die Abrüstung und für den Verzicht auf Elsaß-Lothringen ein, weil ja doch niemand mehr um dieses Landes willen in den Schützengraben wolle und weil sich in dem Lande selbst keine Stimme mehr für Deutschland erhebe. Um aber die unausbleibliche Erregung der Braunschweiger Nationalisten von vornherein abzukümmern, schrieb er zum Schluß:

„Wir sehen es wohl alle lieber, wenn heute noch ein mächtiger Kaiser die Parade einer buntemimpelnden Flotte abnähme oder in deutscher Generaluniform als Garant des Weltfriedens vor dem Tore des Janustempels stünde. Was hilft aber alles Rückwärts? Wir haben auch einen Bismarck gehabt, der uns gelehrt hat, mit nüchternen Tatsachen zu rechnen, und wenn man einen Krieg verloren hat und in einer derartigen wirtschaftlichen und sozialen Zerrüttung lebt, wie wir sie heute noch 1918, dann muß man vernünftig genug sein, sich nicht die Sterne vom Himmel zu wünschen, sondern Schritt für Schritt das verlorene Terrain wiederzugewinnen suchen und die Führer auf diesem furchtbaren Wege durch die Wüste nicht für Menschen halten, die jeder Vorhänge irgendeines politischen Stammes für Hochverräter und Idioten erklären darf.“

Der Redakteur des Regierungsorgans eines republikanischen Freistaates gesteht damit ein, die Monarchie zu erstreben, nur will er es nicht laut und lärmend, sondern heimlich, still und leise tun. Die braunschweiger Regierung schweigt natürlich zu der „Entgeißelung“ ihres Redakteurs.

Briand versucht die Koalition der Mitte. Loucheur Finanzminister?

Paris, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Briand, der am Donnerstagabend nach der Ablehnung Herriots vom Präsidenten der Republik erneut mit der Bildung der Regierung beauftragt worden ist, hat seine Besprechungen auf heute Freitag vertagt. Seine Bemühungen dürften diesmal der Bildung eines ausgeprochenen Konzentrationsministeriums gelten, gegen das der bisherige Widerstand der Radikalsocialen nach der Weigerung der Sozialisten, sich an einem Kabinett Herriot zu beteiligen, beträchtlich abgenommen hat. Briand wird voraussichtlich versuchen, außer den drei bürgerlichen Gruppen des Kartells die republikanischen Mittelgruppen zur Mitarbeit heranzuziehen. In dem von Briand zu bildenden Kabinett wird voraussichtlich Loucheur das Ministerium der Finanzen erhalten. Weiterhin soll Briand beabsichtigen, sich die Mitwirkung Herriots und Painlevés und des ehemaligen Ministerpräsidenten Ceggues als Vertreter der Mittelgruppen zu sichern.

Gegen die Klassenjustiz in England. Protestfeldzug der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften.

London, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Klassenurteil gegen die Kommunisten hat bei der britischen Arbeiterschaft diese Erregung hervorgerufen. Das kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß der Vorstand der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei am Donnerstag zu einer außerordentlichen gemeinsamen Sitzung zusammentrat. Die Vertreter der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften einigten sich auf eine Entschliebung, in der der politische Charakter des Urteils gegen die Kommunisten betont und auf den Kontrast hingewiesen wird, zwischen dem Urteil gegen die Kommunisten und der jüngsten Freilassung der Rajissen, die ein Auto des „Daily Herald“ überfallen und beraubt haben.

Gewerkschaften und Arbeiterpartei werden aufgefordert, im ganzen Lande einen Protestfeldzug gegen diese Klassenjustiz und Unterdrückung der Meinungs- und Redefreiheit einzuleiten.

Protest der Kommunisten und der Unabhängigen.

London, 27. November. (WTA.) Der zentrale Vollzugsausschuß der kommunistischen Partei veröffentlicht eine lange Kundgebung „An alle britischen Arbeiter“, worin der Prozeß gegen die zwölf Kommunisten als „erste Bewegung in dem neuen allgemeinen Angriff auf die Löhne, die Arbeitszeit und die Freiheiten der Arbeiterklasse“ bezeichnet wird, zu dem die kapitalistische Klasse durch die Liverpooler Beschlüsse der Arbeiterpartei ermutigt worden sei.

Der Rationalrat der Unabhängigen Arbeiterpartei veröffentlicht einen „energischen Protest“ gegen das Strafverfahren und die auferlegten Strafen, und fordert die 1100 Ortsgruppen der Partei auf, sofort öffentliche Kundgebungen zu veranstalten, um „die tyrannische Tollheit“ der Regierung zu brandmarken und die Freilassung der Häftlinge zu fordern. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiterföderation erzwang den Wortlaut einer Protestentschliebung gegen die Verurteilung der Kommunisten und gegen den „Versuch der Regierung, das Recht der Redefreiheit zu verletzen“.

Tschischerin bei Briand.

Die russisch-französische Schuldenregelung.

Paris, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der russische Volkskommissar des Auswärtigen Tschischerin, der am Donnerstag früh in Paris angekommen war, hatte im Laufe des Nachmittags eine längere Unterredung mit dem Außenminister Briand und daran anschließend mit dem Generalsekretär des Auswärtigen Berthelot. Beide Unterredungen haben vor allem der Regelung der russischen Schulden an Frankreich gegolten. Wie der „Petit Parisien“ mitteilen zu können glaubt, soll vereinbart worden sein, diese Frage bei einem zweiten längeren Aufenthalt Tschischerins nach seiner Rückkehr aus Südrussland in etwa 14 Tagen einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, um eine baldige Regelung herbeizuführen.

General Feng besetzt Peking.

London, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Christengeneral Fung Fu Siang ist mit einer Truppenmacht von zwei Divisionen in Peking eingerückt.

Die Internationale Frauen-Liga für Frieden und Freiheit richtete an die thüringische Staatsregierung ein Protestschreiben wegen der ihrer Ansicht nach verfassungswidrigen Verhinderung der letzten öffentlichen Versammlung. Sie erwartet eine baldige Rückgängigmachung des Verbotes und bedarf sich vor, die ihr entstandenen pekuniären Verluste geltend zu machen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Aufklärungsarbeit unter den Jugendlichen.

In einer Zusammenkunft der Metallschleifer- und Galvaniseurlehrlinge in Ewalds Vereinshaus am Dienstag sprach Hellwig, Jugendsekretär des Metallarbeiterverbandes über „Jugend und Organisation“. Mit manchen Hoffnungen und Zukunftsträumen tritt der Jugendliche in die Lehre, um nur zu schnell seine schönen Träume zertrümmern zu sehen. Gar bald fühlt er, daß seinen älteren Kollegen die Arbeit nicht eine freudige Entfaltung inneren Betätigungsdranges, sondern eine drückende Fron ist. Eine drückende Fron deshalb, weil die meist ungenügende Bezahlung, die zermürbende Akkordarbeit, die bange Sorge um die nächste Zukunft und das Alter eine Freude an dem Werke nicht aufkommen lassen. Und so merkt er auch bald, daß nicht nur der in Zeit- oder Stücklohn beschäftigte ältere Kollege, sondern auch er als Bezahlung für den Unternehmer nur ein Mittel zum Zweck, und zwar zum Zwecke des Profitmachens ist. Diese Erkenntnis soll nun aber der Jugendliche nicht dumpf brütend in sich aufnehmen und sich damit abzufinden suchen, daß es schon immer so gewesen sei, sondern er soll sich damit beschäftigen, wie dem wohl abzuhelfen sei. Vor 20 oder 30 Jahren waren die Lehrverhältnisse bedeutend schlechter als sie heute sind. Da sind es die älteren Kollegen gewesen, die durch unermüßliche Arbeit in den freien Gewerkschaften dafür gesorgt haben, daß das Lehrverhältnis wenigstens etwas sozialer gestaltet wurde. Erinnert sei nur daran, daß der zur Erweiterung des Fachwissens nötige Fortbildungsschulunterricht jetzt durch gezielte Regelung während der Tagesstunden erteilt werden muß, während er früher in die Stunden nach Feierabend fiel, wo der Lehrling abgepannt und wenig aufnahmefähig war. Damals war es den Jugendlichen unter 18 Jahren durch das Vereinsrecht unterstellt, selbst durch die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften mit einzutreten für die Erämpfung besserer Arbeitsbedingungen. Heute ist ihnen die Möglichkeit aber gegeben und nun müssen sie sie auch nach besten Kräften ausnützen. Sie müssen in die freien Gewerkschaften hineingehen, in denen ihnen auch das nötige Wissen beigebracht wird, daß sie als Rüstzeug für den wirtschaftlichen Daseins- und Befreiungskampf der gesamten Arbeiterklasse gebrauchen. Sie dürfen sich nicht in mehr oder weniger militärisch ausgeprägten Vereinen und Verbänden betätigen und sich zu politischen Zwecken mißbrauchen lassen, sondern sie sollen sich durch Schulung in den freien Gewerkschaften zu wissenden Trägern einer besseren Gesellschaftsordnung heranbilden. Nur wenn Jung und Alt in den Gewerkschaften Schulter an Schulter steht, wird es möglich sein, schon ehe dieses erstrebte Endziel erreicht ist, die jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen besser zu gestalten.

Die gespannte Aufmerksamkeit während des Vortrages und die im Anschluß daran vollzogenen Neuaufnahmen vieler jungen Kollegen waren Beweis genug, daß die Ausführungen des Referenten bei den jungen Kollegen Anklang und Verständnis fanden.

„Aufsicht“ in der AEG.

Man schreibt uns: Was in dem sogenannten Musterbetriebe der AEG/FAW, dem früheren Arbeitsfeld eines Rathenau möglich ist, zeigt folgender Vorgang:

Eine Stenotypistin, bewaffnet mit Seife und Handtuch, ist gezwungen, einen gewissen Ort aufzusuchen. Auf dem Wege dahin wird sie von einem Herrn aufgehalten mit der brüsten Frage: „Wo wollen Sie hin?“

Die Dame muß ihr Reisezettel angeben, worauf sie von dem Herrn gestoppt wird, „ob sie nicht wisse, daß eine derartige Unterbrechung (!) der Arbeit fristlose Entlassung im Befolge haben könne“.

In der sich entpinnenden erregten Auseinandersetzung sieht dieser eigenartig veranlagte Herr ein, daß er zu weit gegangen ist und läßt beim Weggehen gleichsam als Entschuldigung-dem Gehege seiner Zähne die Worte entfallen: „Das haben sich die Damen durch ihre Uebertriebung (!) selbst zuzuschreiben.“

In den Zeiten des rücksichtslosen Abbaues ist bei der AEG, Gedda, zur Unterhaltung von mit derartig taktlosen Funktionen betrauten „Beamten“. — Daß nebenbei sich ein verabschiedeter Diffizier zu solch einem Latrinenbeobachterposten drängt, ist bei der Charakterveranlagung vieler solcher Typen begreiflich. Es fragt sich nur, ob durch solchen Vorgang wie diesen, die Arbeitsfreudigkeit der so kärglich bezahlten Angestellten erhöht wird.

Baldwin über Sozialpolitik.

Aktennotiz für die deutschen Unternehmer.

Wie ruhig und sachlich auch heikle Fragen der Sozialpolitik betrachtet werden können, dafür zeugen Ausführungen, die kürzlich der englische Ministerpräsident Baldwin auf einer Festigung des Rationalen Instituts für industrielle Psychologie machte. Baldwin, der nicht nur englischer Ministerpräsident, sondern auch einer der größten Stahl- und Eisenindustriellen Großbritanniens ist, sprach bei seiner Tischrede von der Bedeutung des Instituts für das Studium des ganzen Produktionsfaktors Mensch in Beziehung zur Maschine und zur Arbeit. Er verglich die Stellungnahme zu der arbeitspsychologischen Bewegung mit der Einstellung der Völker zum Völkerverbund. Zwei Widerstände mühten überwunden werden: das Vorurteil der Leute, die von ihr nichts erwarteten, aber auch die Unterfertigung derjenigen, die an ihre Unmacht glauben. Etwas englisch stellte er sein Beispiel für die Richtigkeit von Anpassung und Auslese auf dem Gebiete des Sports. Er bestritt den Widerwillen der Menschen gegen die Arbeit, insofern diese nur in einer schmackhaften Form geboten werden könne und der Arbeiter ein vernünftiges Maß von Erholung erhält. Er schloß:

Nein, die wahren Feinde sind Ueberarbeitung, Unterbezahlung,

Unsiherheit und schlechte Arbeitsbedingungen. (Hört, hört!)

Das sind die wahren Uebel.

Weil sie ein hochstehender Unternehmer ausspricht, klingen diese Worte, die von den Gewerkschaften seit Jahrzehnten vertreten werden, wie eine Offenbarung. Wo ist der deutsche Unternehmer solchen Formats, der vor seinen Standesgenossen sich öffentlicher zu dieser auch wissenschaftlich als vernünftig anerkannten Auffassung bekennet? Der Unterschied zwischen der sozialpolitischen Auffassung des englischen Unternehmers Baldwin und der der deutschen Unternehmer, soweit sie in der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände tonangebend sind, wird so recht klar, wenn man sich die Tätigkeit dieser Vereinigung vergegenwärtigt. Die „unwissenschaftliche“ Denkschrift gegen den Achtstundentag und die nicht weniger wissenschaftliche für den Völkerverbund, die sonstigen „Aufklärungsschriften“, die unter der Arbeiterschaft verbreitet werden, die direkten und die aus der „Aktennotiz“ bekannten indirekten Versuche, die Behörden gegen die Arbeitnehmerschaft zu beeinflussen, die Wanderer zur Irreführung der Öffentlichkeit zur Ablenkung von offenkundigen Mißständen, der Sturmlauf gegen die „vielen Lasten“, kurzum die ganzen hinterhältigen Treibereien lassen erkennen, wie weit unsere stillgebenden „Wirtschaftsführer“ noch von der Erkenntnis eines Baldwin entfernt sind und wieviel unsere Gewerkschaften deshalb noch zu tun haben.

Der Siemens-Schuckert-Lohndruck in Irland.

London, 25. November. (Eigener Bericht.) Aus dem Freistaat Irland wird gemeldet, daß nunmehr in den Ortschaften Cork und Limerick die Kampagne der irischen Arbeiterpartei gegen die Löhne eingeleitet hat, wie sie von der deutschen Firma Siemens den Arbeitern an den Shannonbauten geboten wurden. Die 32 Schilling, die Siemens für eine 50-Stunden-Woche bietet, liegen unter den gewerkschaftlichen Löhnen und stellen eine gefährlich-

Herabdrückung des durch die Gewerkschaften erkämpften Lebensstandards der irischen Arbeiterschaft dar, abgesehen davon, daß sie überdies eine Durchlöcherung des Achtstundentages bedeuten.

In einer von 5000 Personen besuchten Versammlung in Dimerid stellte der Führer der irischen Arbeiterpartei im Parlament des Freistaates, Tom Johnson, fest, daß die Arbeiterpartei das Lohnschema der Firma Siemens, das von der Regierung unterstützt werde, in Acht und Bann getan habe. Eine solche Politik wäre eine Bedrohung für die Arbeiterschaft, indem sie jedes Familienleben unmöglich mache und jedes Wohlergehen an seiner Wurzel vernichte. Tom Johnson appellierte an die Arbeiter, die Arbeit unter diesen Bedingungen nicht anzunehmen, sondern den Befehlen ihrer Führer zu folgen. Er sei überzeugt, daß, falls die Parole befolgt werde, die Arbeit am Shannonwerke später unter günstigeren Lohnbedingungen aufgenommen werden könnte. Die irischen Gewerkschaften haben für den 30. November einen speziellen Gewerkschaftstongress zusammengerufen, dessen Aufgabe die Erörterung der gegenwärtigen Situation sein würde.

Wie der Korrespondent des „Soz. Presseblatt“ ergänzend zu dieser Mitteilung erzählt, liegt die besondere Schwierigkeit für das

Gelingen dieses von der Arbeiterpartei proklamierten Boykottes der Shannonarbeiten darin, daß lediglich die gelernten Arbeiter, die in Betracht kommen, organisiert sind, während die ungelerten Arbeiter, ehemalige Handarbeiter, sich bisher der gewerkschaftlichen Organisation noch entzogen haben.

Vom deutschen Standpunkt aus ist dieser Arbeitskampf, der sich an die ausländische Betätigung einer deutschen Firma knüpft, überaus bedauerlich. Denn was die Firma Siemens-Schudert auch immer zu ihrer Rechtfertigung sagen mag, die Tatsache bleibt bestehen, daß eine der ersten großen Nachkriegsbetätigungen deutschen Unternehmertums im Auslande mit der Herabdrückung der Lebenshaltung der eingeborenen Arbeiter und mit einem Versuch der Zerstückelung des Achtstundentages verbunden ist.

Streik der englischen Schiffstelegraphisten.

London, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag wurde der Streik aller an Bord von Schiffen befindlichen Funkentelegraphisten beschlossen. Der Streik, an dem sich 6000 Telegraphisten beteiligen werden, richtet sich gegen die vorgeesehenen Gehaltsföhrungen.

802. Banden, I. Bezirk, Sonnabend, den 26. November, abends 10 Uhr, wichtige Reaktionsversammlung bei Korfendorfer, Wilhelmshagenstr. 20. Erscheinen dringend notwendig.

Gewerkschaftsunterkommission Bismarckstr. 10, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr Verhandlung bei Krotz, Gellener Str. 6, Rosenfeldschen, Interessierte Mitglieder der Unterkommision sind eingeladen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: Walter Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eylert; Reaktionen: A. S. Wöhrer; Solches und Sonstiges: Fritz Korfendorfer; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 1, Block 1, Beilage.

Wir fabrizieren gute Herren- und Knabenkleidung und schalten dadurch jeden verwerrenden Zwischenhandel aus, deshalb am leistungsfähigsten und am billigsten. S. Hoffmann, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 12

Grosser Weihnachtsverkauf

Mengenabgabe vorbehalten

- ### Kleiderstoffe
- Streifen sehr gute Halbwole, hell und dunkler Fond Meter 1 45
 - Schotten 100 cm breit, in neuen Stellungen Meter 1 85
 - Reinw. Schotten aparte, neue Dessins, Meter 2 95
 - Eolienne Wolle m. Seide, ca. 100 cm breit, vorzügliche Qualität, Meter 4 00
- ### Baumwollstoffe
- Zephir einfarbig und gestreift Meter 68 Pf.
 - Kleidervelours gute Qualität, grosse Musterauswahl, Meter 85 Pf.
 - Blusenflanell neue Streifen, Meter 95 Pf.
 - Schürzenstoffe ca. 90 cm breit, beste Ware, Meter 1 25
 - Gingham kariert, für Hauskleider, Mtr. 1 45

- ### Seidenstoffe
- Trikot Kamelwolle, ca. 140 cm breit, in vielen Farben Meter 3 50
 - Japon ca. 90 cm breit, für Lampenschirme, neue Farben Meter 4 20
 - Satin riche schwarz, ca. 90 cm breit, neue Hochglanzseide, Meter 4 90
 - Crêpe de Chine ca. 100 cm breit, mod. Farben, Mtr. 6 50

- ### Handschuhe
- Damen-Trikot halbgestrickt, schwarz u. farbig, 95 Pf.
 - Damen-Schweden imit. mit angegebener Färbung, 2 25
 - Damen-Ziegenleder farbig, Druckur, 3 00
 - Damen-Ziegenleder mit mod. Manschette, 4 00
 - Damen-Nappaleder ganz gefüttert, 5 75

- ## Damen-Bekleidung
- Damen-Mäntel aus gemustert, reinwoll. Kar. Winterstoffen. 22,50 **15 75**
 - Kleider für Damen, aus apart. Velours de laine Stoffen, in mehreren Ausführungen. 19,75 **16 75**
 - Tanzkleider Eolienne in vielen Farben und Ausführungen. 22,50 **17 75**
 - Flanellblusen aus hellen u. dunklen Streifen, Hemdform **3 95**
 - Jumper aus Velours-Barchent, mit Vorderschluss, in vielen Dessins. **5 75**
 - Jumper aus reinwollenen Stoffen, mit aparte Streifen. **9 50**

- ## Damen-Mäntel
- aus gemusterten Stoffen, in vielen Ausführungen. **8 75**
 - Mädchen-Strickkleider mit langen Ärmeln, offen und geschlossen zu tragen, in vielen Farben. Grösse 9-12 **7 75**
 - Mädchen-Mäntel aus gemusterten Winterstoffen, in vielen Farben, Grösse 5-7 **7 00**
 - Knaben-Pyacks Flanellabütterung, in blauen Stoffen. Grösse 0-11 **11 50**

- ## Schuhwaren
- Hausschuhe für Damen, Kamelhaar, mit Korksohle. **1 50**
 - Laschenschuhe für Damen, Kamelhaar, mit Filz- u. Ledersohle. **2 75**
 - Kinder-Schnürstiefel zum Strapazieren, bequeme Passform, Gr. 27-30 **7 50**
 - Umschlagschuhe für Damen, Kamelhaar-woll, mit Filz- und Ledersohle. **3 90**
 - Haabschuhe für Damen, zum Reiten, in veredel. Lederarten und schönen Formen. **9 50**

- ## Spielwaren
- Clown mit Stimme und Zelluloid-gesicht, ca. 90 cm. **45 Pf.**
 - Clown mit Stimme und Zelluloid-gesicht, ca. 50 cm. **1 10**
 - Kugel-Puppe ca. 60 cm. **4 75**
 - Puppe ungekleidet, ca. 34 cm. ca. 90 cm. **1 40**
 - Eisenbahn m. Uhrwerk u. extra gross. Schienenkreis 2,50 **1 95**
 - Auto mit Uhrwerk, extra gross. **1 25**
 - Auto mit Garage. **2 00**
 - Kinder-Stuhl extra gross. **95 Pf.**
 - Kugelgelenkpuppe (Waltershausen) ca. 55 cm. ca. 30 cm. ca. 46 cm. **6 75** **6 25** **5 75**

- ## Damen-Wäsche
- Hemden viereckige Form, mit breiter Stickerei. **1 45**
 - Hemdhosens mod. Windelform, mit schöner Stick. **2 45**
 - Prinzessröcke mod. Formen, m. br. Stickerei. **2 95**
 - Garnituren Hemd und Reinkleid, mit Klöppelspitze, Filetmotiv. **6 90**
 - Nachthemden Schlepform, dann passend. **5 50**
 - Morgenröcke aus gutem Flanell, fische Form, in vielen Farben. **5 50**
 - Morgenröcke aus Flanellstoff, reich bestickt, Bindeform. **6 90**
 - Morgenröcke gut warm, Trikotstoff, Krage und Aermelabschl. hat. **13 50**
 - Morgenjacken aus Flanellstoff, m. farbiger Blende. **3 75**

- ## Trikotagen
- Schlüpfer für Damen, Baumwolle, starke Qualität, farbig. **95 Pf.**
 - Schlüpfer für Damen, Baumwolle, mit angewebtem Futter, farbig. **1 75**
 - Reformhosen für Damen, Baumwolle, angewebtes Futter, 3 G. **4 25**
 - Herren-Hosen Baumwolle, mit angewebtem Futter. **2 35**
 - Herren-Garnituren Baumwolle, Reinkleid. **4 90**
 - Strümpfe für Damen, Baumw., mako-artig, Doppel-, Hochleere. **85 Pf.**
 - Strümpfe für Damen, prima Seidenfärb, farbig. **1 50**
 - Strümpfe für Damen, Wolle plattiert, prima Qualität, schwarz. **1 05**
 - Herren-Socken reine Wolle, gestrickt, grau, schwarze Qualität. **1 95**
 - Herren-Socken reine Wolle, gewebt, mod. Muster. **2 95**

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE Reste u. Abschnitte zu besonders vorteilhaften Preisen

Wohlfeile Weihnachts-Woche

- | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|---|--|---|--|---|--|---|---|--|--|---|--|---|---|---|---|--|--|--|---|--|---|--|--|--|---|--|
| Wischtücher 28 Pf.
kariert Stück | Handtücher 45 Pf.
Gerstenkorn, ges., gebündert . . . Stück | Rohnessel 48 Pf.
unsere Rekordware Meter | Hemd-Flanell 68 Pf.
weiche Qualitäten Meter 85 | Schlafdecke 1 95
grau, mit Kante Stück 2 75 | Taschentücher 25 Pf.
für Herren, bunt, . . . Stück | 6 Taschentücher 68 Pf.
Bleist, mit Hobleaum . . . | Herren-Socken 45 Pf.
grau Paar | Hosenträger aus Gummi 78 Pf. | Handschuhe für Damen, Wolle, gestrickt . 90 Pf. | Kindertrikot 95 Pf.
Gr. 50-65 | Kinderschlüpfer 95 Pf.
farbig | Garnitur 2 95
Wollener Schal und Mütze . . | Kasack aus Sport-Flanell 90 Pf. | Kleid aus reinwoll. Gabardine 6 75 | Mantel aus gutem Flausch 5 90 | Mantel Glockenform 12 75 | Kinder-Kleidchen aus Velourabarchent 1.45 95 Pf. | Damenstrümpfe 58 Pf.
moderne Farben | Damenstrümpfe 1 25
Makkoart, farbig | Frauenhemd 2 75
Barchent | Frauenrock 2 90
Barchent | Strumpfbänder 29 Pf.
reich garniert . 1.45, 95, 65 | Haarschleife 68 Pf.
mit Halter in vielen Farben | Apachenschal 1 00
. 4.75, 3.95, 1.75 | Wildledergürtel 1 25
mit veredel. Schnalle, Stütz | Kleider-Velour 78 Pf.
weiche Qualität Meter 1.25, 95 | Mod. Blusenstreif. 98 Pf.
Meter 1.75, 1.35 | Reinwoll. Popeline 2 60
doppelt breit viele Farben . . . Meter | Reinwoll. Gabardine 4 85
130 cm breit Meter | Helvetia-Wachseide 3 75
100 cm breit Meter |
|--|--|--|--|---|--|---|--|---|--|---|---|--|--|---|--|---|---|---|---|--|--|--|---|--|---|--|--|--|---|--|

Scheibengardinen Mtr 55 Pf. | **Wachstuchbarchent** 100 cm breit, 2 50
Tüllgardinen weiche Breite, Meter 85 Pf. | **Tüll-Garnitur** engl. Tüll, 3 teilig, 3 90
Etamine-Halbstore mit engl. Tüll-Prize, Stück . . . 1 90 | **Bettdecke** 1 bettig 4 50

Kaufhaus Sternfeld Neukölln, Hermannstr. 210

A. Wertheim Rosenthaler Straße

3 Reklame-Tage

Donnerstag Freitag Sonnabend
Besonders billige Preise

Wäschestoffe

Hemdentuch	kräftige Ware	59 Pf.
Renforcé	solide Qualität	75 Pf.
Louisianatuch	für Bettwäsche	82 Pf.
Hemdenflanell	halbbare Qualität	80 Pf.
Barchentlaken	weiß, mit roter Kante	3 30
Inlett	Kissenbreite	1 75
	Dedebettbreite	2 90

Handschuhe

für Damen

Trikot	farbig, gute halbbare Qualität	80 Pf.
Trikot	farbig, mit Kunstseiden-Futter	1 10
Mocha Imt.	farbig, mit besetzter Manschette	1 90

für Herren

Trikot	farbig, mit Druckknopf	95 Pf.
Strickhandschuhe	farbig	1 50
Trikot	ganz gefüttert	1 80

für Kinder

Wolle	gestrickt, in modernen Farben	75 Pf.
-------	-------------------------------	--------

Kleider- und Seidenstoffe

Blusenflanelle	gestreift	65 Pf.
Veloursbarchent	viel Druck-must., Mtr.	88 Pf.
Sammetflanell	elegante Ware für Blusen u. Morgenröcke	1 85
Kleiderstoffe	gestreift und kariert	1 80
Schotten	reine Wolle	2 60
Kleiderstoffe	einfarbig, 100 cm br. in modernen Diagonalmustern	2 90
Helvetia-Selde		1 95
Karierte Kunstselde	für Tanzkleider	4 40

Reinwollene Popeline doppeltbreit . . . Meter **2 40**
Damen-Strümpfe Baumwolle farbige **48 Pf.** reine Wolle **2 25**
Herren-Normalhemden 3 Größen **1 55**
Rohnessel Mtr. **58 Pf.** **Scheuertücher** **25 Pf.**

Gardinen, Teppiche u. Decken

Bouclé-Teppiche	doppeltbreit, schöne Muster, Größe 5/4	28 50	Gr. 10/4	41 M	Gr. 12/4	60 M	Gr. 16/4	88 M
Etamine-Halbstores	mit laminiertem Filzfuß und Quastenabschluss	4 80						
	mit gewebtem Tüllensatz und Quasten-Abschluss	3 45						
Etamine-Künstler-Garnit.	dreiteilig breite Schals, gewebte Tüllens-Fransenabschl.	11 M						
	glatt Etamine, laminiertes Filzfries mit Spitzen-Abschluss	13 25						
Gardinen-Mull	gestreift ca. 120 cm breit, Mtr.	1 15						
Gobelin-Tischdecken	Blattmuster, ca. 145-170 cm	8 50						
Wachstuch-Decken	1 Küchenfläche, geschnitten, reiche Auswahl	90 Pf.						
	mit grünem Rücken	1 85						
Wachstuch-Barchent	100 cm breit, Meter	2 15						

Strumpfwaren

Damen-Strümpfe	Baumwolle mit verstärkter Sohle, schwarz u. farbig	75 Pf.
Damen-Strümpfe	farb. u. schwarz in Qual.	1 35
Damen-Strümpfe	Mako, schwarz u. farb., in Qual.	1 90
Damen-Strümpfe	reine Wolle farbig	3 25
Herren-Socken	Baumwolle schwarz u. farb.	50 Pf.
Herren-Socken	Baumwolle farb. u. gestreift	85 Pf.
Herren-Socken	reine Wolle	1 75

Trikotagen

Unterbeinkleider	2 40	gute Qual.	3 85
Herren-Normalhemden	3 Größen	2 95	prima Qualität
Herren-Einsatzhemden	weiß Trikot, 3 Größen	2 50	
Damen-Schlüpfer	verschiedene Farb., gefüttert	1 60	
Reform-Beinkleider	mit angeraumtem Futter	3 50	
Hemdosen	weiß gerippt	1 70	

Ausstellung: Glas, Porzellan, Tafelgedecke Zwischenstock Ausstellungsraum
 Alle ausgestellten Artikel zu Extra-Preisen

Unser großer Weihnachtsverkauf beginnt am 28. November
 Wir hatten Gelegenheit, große Mengen Damen-Mäntel und -Kleiderstoffe billig zu kaufen und bringen wir diese zu außergewöhnlich niedrigen Preisen zum Verkauf

Verkauf:

Ab Freitag, den 27. November 1925

Damen-Mäntel	Einheitspreis	7 50
schwerer Flauch od. Fantasiestoff, teils Plüschbesatz		
Damen-Mäntel	Einheitspreis	12 50
aus schwerem Velour-Ottoman, Falten- od. Glockenform		
Damen-Mäntel	Einheitspreis	19 75
reinwollener Mouliné, neue Fassons, in vielen Farben		
Damen-Mäntel	Einheitspreis	27 50
reinwoll. Vel. de laine, neuest. Falten- od. Glockenschnitt		

Gabardine	reine Wolle, 130 cm breit, schöne weiche Qual, keine Cheviotware	4 25
Popeline	reine Wolle, doppeltbreit, gute Qualität, gr. Farbensortiment	2 65
Knaben-Cheviot	reine Wolle, 130 cm breit	2 95
Foule	reine Wolle, in vielen Pastellfarben	2 45
Papillion-Schotten	doppeltbreit, schöne Muster	1 85



REKLAME-ANGEBOT!

Biberetteplüschjacken ganz auf Futter **29 50**
 Biberetteplüschmäntel ganz auf Futter **45 00**

In allen Spezial-Lägern wie Seiden-, Gardinen-, Wollwaren, Strümpfen, Trikotagen usw. bringen wir außergewöhnliche billige Angebote

J. ROSENBAUM & CO Reinickendorfer 14 Straße 14
 Direkt am Bahnhof Wedding.

3 Tropfen **Kaol**

Metall-Oel-Politur
 besser als Putzwasser